

# Rede zum Haushalt 2020



SOZIAL – KONSERVATIV – ASYLKRITISCH

**REP**  
**DIE**  
**REPUBLIKANER**

Im Rat der Stadt Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Zuhörer,

### **1. Gesamtlage**

Das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und wieder wurde ein Haushaltsentwurf vorgestellt, der natürlich die Bezeichnung "ausgeglichen" trägt. Insgesamt stehen die Einnahmen bei knapp 3 Milliarden Euro, wodurch ein erheblicher Spielraum für sinnvolle und notwendige Investitionen geben ist, es aber auch erkennbar ermöglicht wird, Planungen im Bereich Absurdistan vorzunehmen. Zwar sind noch nicht alle steigenden Investitionen und Bauunterhaltungskosten berücksichtigt worden, aber trotzdem ist geplant, dass Düsseldorf ein Plus von 1,3 Millionen Euro erwirtschaften wird. Da stand das Ziel, ein Machwerk mit allen Mitteln als ausgeglichenen Haushalt zu bezeichnen erkennbar im Vordergrund. Bereits jetzt kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass im Verlauf des nächsten Jahres wieder deutliche Korrekturen vorgenommen werden müssen.

### **Gewerbsteuer / Einkommenssteuer/Grundsteuer**

Die Gewerbsteuer ist mit 960 Millionen Euro weiterhin Haupteinnahmequelle der Stadt. Dabei sind die Steigerungserwartungen in den kommenden Jahren rückläufig und sollten eigentlich zu mehr Pessimismus auffordern, denn auch wenn die Landeshauptstadt nicht im gleichen Maße der gesamtdeutschen Volkswirtschaft folgt, so wirkt sich diese trotzdem auch auf die Einnahmenentwicklung unserer Stadt aus.

Ähnlich ist es bei der Grundsteuer, wobei sich hier zusätzlich die Frage stellt, ob die neue Reform nicht verfassungswidrig ist, da es innerhalb eines Gemeindegebietes größere Wertunterschiede aufgrund der jeweiligen Lage der Immobilie geben kann, die nicht angemessen mit der vom Gesetzgeber vorgegebenen Bewertungsmethode sein könnte.

Das würde zur Folge haben, dass die Grundsteuereinnahmen zumindest ab 2025 und damit nach der Übergangszeit, keine sichere Einnahmequelle wäre.

Die Neuregelungen betreffen nicht nur die Stadt, sondern alle Bürger, die eine Immobilie bewohnen. Denn die Grundsteuer zahlen alle, unabhängig davon, ob sie zur Miete oder in der eigenen Immobilie leben, denn die kommunale Steuer darf auf Mieter umgelegt werden. Das kann dann je nach Alter des Hauses auch zu erheblichen Mehraufwendungen führen, denn bei steuerlich abgeschrieben Immobilien fällt der höhere Wert des Grundstücks ins Gewicht. Die große Spannweite der Abweichungen wird durch Anpassungen des Hebesatzes nicht ausgeglichen werden können, was zur Folge hätte, dass die Gesamteinnahmen eben nicht stabil bleiben.

### **Sanierungsstau**

Wenn von schwankenden Einnahmegebilden gesprochen wird, dann fällt der Übergang zu Sanierungsfällen nicht schwer. Die Begrifflichkeit "Sanierungsstau" erhält in Düsseldorf eine ganz neue Bedeutung. Damit ist nicht nur z.B. das Benrather Schloss gemeint, in das 20 Millionen fließen, unterteilt in Tranchen, bis ins Jahr 2034.

Zahlreiche Kulturbauten sind dringend sanierungsbedürftig und schon jetzt steht eine Summe von 275 Millionen Euro im Raum, nur um in den nächsten zehn Jahren die Substanz der Gebäude zu erhalten. Da es sich um das Ergebnis einer reinen Sichtprüfung handelt, kann getrost von einer erheblich höheren Summe ausgegangen werden, denn im Zweifel wird in Düsseldorf alles immer deutlich teurer, als vorher vermutet wurde.

Besonders kostenintensiv ist die Oper. Als noch von 57 Millionen Euro Kosten philosophiert wurde, hatte Kulturdezernent Lohe bereits Kosten über einen Zeitraum von 25 Jahren hinweg sogar auf rund 100 Millionen Euro beziffert.

In der Sanierungsliste folgen das Schauspielhaus, Kap 1 und FFT. Die Kosten liegen pro Objekt bei über 18 Millionen Euro. 14 Millionen werden für das Tanzhaus NRW erforderlich sein und fast 30 Millionen für den Kunstpalast.

Es folgen in üppiger Millionenhöhe das Goethemuseum, Schloss Jägerhof, die Tonhalle und Kunsthalle, sowie das Gebäude am Bahnhof, in dem das Ordnungsamt untergebracht ist und das ehem. Gebäude der Zentralbibliothek am Bertha-von-Suttner-Platz.

Bei der Auflistung muss man sich nicht wundern, wenn alte Bekannte erneut auftauchen, wie z.B. der jahrelang und umfangreich sanierte Aquazoo mit 4 Millionen.

Sinnvoll wäre daher, durch eine Hinzunahme von privaten Investoren und durch eine Teilprivatisierung, die Kosten zu senken.

Nicht besser sieht es bei den Brücken aus. Spätestens nach der Sperrung der Theodor-Heuss-Brücke für LKWs ist diese nicht nur diese in aller Munde, sondern generell der Zustand unserer Brücken. Deren hohes Alter und die Reparaturbedürftigkeit werden weitere immense Kosten im hohen zweistelligen Millionenbereich aufwerfen, die es in den kommenden Jahren zu stemmen gilt.

## **2. Wohnraum**

Düsseldorf ist eine stetig wachsende Stadt und Prognosen für die kommenden Jahre zeigen einen weiteren deutlichen Bevölkerungsanstieg. Diese Menschen brauchen entsprechende Bleiben, die für die breite Mehrheit bezahlbar sind.

Während in der Vergangenheit mehr Wohnungen aus der Zweckbindung herausgefallen sind als neue gefördert wurden, konnte dieser Trend zumindest abgebremst, was sicherlich erfreulich ist. Im letzten Jahr fielen 380 Sozialwohnungen weg, 580 neue Wohnungen wurden gefördert.

Es wird in unserer Stadt auch mehr gebaut. In den vergangenen Jahren wurden durchschnittlich knapp 3.000 Bauanträge pro Jahr genehmigt. Jedoch liegt Düsseldorf im Bundesvergleich beim Wohnungsbau unter dem Durchschnitt. So wurden nur 32 Wohnungen pro 10.000 Einwohner errichtet. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 35, Spitzenreiter ist u.a. Hamburg mit 58 Wohnungseinheiten. Mitursächlich an dem unterdurchschnittlichen Abschneiden unserer Stadt sind u.a. die Bürokratie und die langsame Erteilung von Baugenehmigungen. Hier wäre eine Vereinfachung des Baurechts wichtig.

Die zu bebauende Fläche in Düsseldorf ist begrenzt und kaum jemand wird daran gelegen sein, unsere Stadt zu einer riesigen Trabantenstadt umzuwandeln, denn im Vergleich zu anderen Städten verfügt Düsseldorf nur über ein relativ kleines Stadtgebiet.

Daher ist die Aufstockung in Maßen vorzunehmen, weitere Baulücken zu schließen, sowie freie Gewerbegrundstücke für eine mögliche Wohnbebauung zu finden und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese dort entstehen können.

Vor dem Hintergrund, dass über 44.000 bezahlbare Wohnungen fehlen und aktuell nicht einmal 5 Prozent öffentlich gefördert werden, muss besonders hier deutlich mehr getan werden. Notwendig ist aber auch, dass der Anteil der Wohnungen deutlich steigt, die im städtischen Eigentum stehen.

Wohnen ist und bleibt für die Mehrheit der Düsseldorfer purer Luxus. Die steigende Zahl der Einwohner wirkt dabei auf die Nachfrage, denn diese stieg in den letzten 10 Jahren um 9,4 Prozent. Während die Mietpreise in dem Zeitraum um 40 Prozent in die Höhe kletterten, stiegen auch die allgemeinen Kosten für Lebenshaltung um fast 13 Prozent. Damit nimmt die Belastung für die Bevölkerung stetig zu, weshalb zwingend an anderen Stellen eine adäquate Entlastung erfolgen muss, um den generellen Anstieg der Gesamtaufwendung für das Wohnen zu reduzieren.

Eine Entlastung wäre z.B. durch den Verzicht auf Straßenbaulasten möglich, da das Land hier den Kommunen eine Handlungsfreiheit ermöglicht hat, die genutzt werden sollte. Ebenso muss im Zuge der Grundsteuer darauf geachtet werden, dass hier Bewohner von alten Immobilien nicht die bereits erwähnten übermäßigen Belastungen erfahren.

Diese Vorschläge sind nicht abschließend und stellen nur einen Anstoß zum Nachdenken dar. Es sei denn, die Stadt möchte ein „weiter so“ und eine möglichst elitäre Gesellschaft bilden.

In den gehobenen Stadtteilen wie Oberkassel und Grafenberg waren die Mieten bereits in den zurückliegenden Jahren auf einem überdurchschnittlichen Niveau und sind um 27 bis 29 Prozent nochmals gestiegen. Frei nach dem Motto: Was bereits teurer war, ist jetzt einfach noch etwas teurer geworden.

Das Gros der Steigerungen liegt aber zwischen 41 und 45 Prozent und betrifft auffallend solche Stadtteile, in denen untere und mittlere Einkommensgruppen beheimatet sind. So zum Beispiel in Pempelfort und Golzheim mit jeweils 41 Prozent Steigerung oder Oberbilk und Unterbilk mit je 45%.

Oft spielen gefeierte Neubauten keine entlastende Rolle, denn die Errichtung von Luxus-Tempeln wie dem Andreas Quartier mit seinen hohen Mietpreisen, sorgen für keine Entlastung. Es geht eben nicht nur darum Wohnungen zu errichten, sondern diese müssen auch bezahlbar und anspruchsgerecht sein.

Stärker noch als die Mieten sind die Kaufpreise für Wohnimmobilien gestiegen. Teilweise waren Preissprünge wie in Friedrichstadt zu verzeichnen, um 158 Prozent von 1.517 auf 3.912 Euro pro Quadratmeter. Die Kaufpreise in den citynahen Stadtteilen haben sich mehr ebenfalls als verdoppelt. Da bleibt der Traum vom Eigenheim für die Mehrheit der Bürger eben nur ein Traum.

Ursächlich hierfür sind die hohen Bau- und Grundstückskosten, aber auch die niedrigen Zinsen und die damit verbundene hohe Nachfrage. Betongold gilt bei immer mehr Menschen verständlicherweise als sicherere Anlage als bei Banken.

Für Studierende sieht es in Düsseldorf nicht besser aus, besonders nicht im Vergleich zu vielen anderen Hochschulstädten unseres Landes. Dies ergab eine Untersuchung des Moses-Mendelssohn-Institutes. So kostete ein WG-Zimmer zum Semesterbeginn 438 Euro, im vergangenen Jahr waren es noch 400 Euro. Der Mietpreis liegt damit für solche Zimmer in diesem Jahr rund 50 Euro über dem bundesweiten Durchschnitt von 389 Euro.

All das soll sich jetzt ändern und federführend natürlich durch jene Parteien, denen bereits in den vergangenen Jahren keine wirkliche grundlegende Trendwende gelingen wollte. Es ist doch immer wieder schön zu sehen, wenn einige noch Träume haben. Schlecht ist es nur, wenn man von Träumern und Visionären regiert wird. Dann klappt es vielleicht Obdachlose unter der Rheinbrücke zu vertreiben, indem große Steine gelegt werden, die es Wohnungslosen unmöglich machen sollte, unter der Brücke zu nächtigen. Bezogen auf bezahlbare Wohnungen werden diese künftig nur auf der Kiefernstrasse mit unter 2 Euro pro Quadratmeter zu finden, wenn man vom Hausbesetzer zum glücklichen Mieter mutiert.

Auch lassen sich Potemkinsche Dörfer zwar gegenüber einigen Wähler gut verkaufen, letztendlich aber nicht bewohnen.

### **3. Kitas und Schulen**

Kinder sind unser größtes und wichtigstes Kapital. Investitionen in diesem Bereich sind daher immer wichtig und richtig. Auch wenn bei der bisherigen Finanzierung in die Trickkreditkiste gegriffen wurde, so sind die Ausgaben aus meiner Sicht absolut notwendig. Insbesondere, da viele Kinder in der Landeshauptstadt am oder unter dem Existenzminimum leben. Der Zugang zu Bildung und Chancen ist weiterhin eine Frage des Geldes und der gesellschaftlichen Herkunft. Diese Spirale gilt es zu durchbrechen.

#### **Kitas**

Die Stadt verfügt über rund 27.300 Betreuungsplätze. Im Vergleich zum Vorjahr immerhin eine Steigerung von rund 1.000, wovon zwei Drittel Kita- und ein Drittel Tagespflegeplätze sind. Geplant sind für das kommende Jahr weitere 1.000. Auch im laufenden Kita-Jahr soll die Kinderbetreuung durch Erweiterungen oder komplette Neubauten erhöht werden.

In der Tagespflege für Kinder unter drei Jahre stehen rund 3.300 Plätze zur Verfügung. Auch nahm die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 500 zu, die Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen liegt trotzdem nur bei 48% und ist im Vergleich zum Vorjahr nur um ein Prozent gestiegen.

Momentan gibt es im städtischen Kita-Navigator einen Nachfrageüberhang von 1.900 Kindern für Kitaplätze. Ein Teil von ihnen soll noch in der Tagespflege unterkommen. Trotzdem werden über 1.000 Kinder erneut leer ausgehen. Umso peinlicher ist es, wenn die professionellen Betreuer teilweise bis zu fünf Monate warten müssen, bis das Jugendamt den Lohn von bis zu 1150 Euro pro Kind und Monat überweist.

## Schulen

Bei den Investitionen von mehr als 300 Millionen Euro steht der Schulbau erneut weit oben bei den Ausgaben. Das ist lobenswert und wichtig. Jedoch werden ausreichende Schulgebäude nicht über das Problem hinweghelfen, dass es wie in den vergangenen Jahren auch für die meisten Schülerinnen und Schüler an einer zeitgemäßen Ausstattung fehlt. So gibt es u.a. nur 8.000 Tablets, verteilt auf 80.000 Schüler. Das führt dann dazu, dass die über 1200 Schüler des Humboldt-Gymnasiums, gerade einmal auf 50 iPads zurückgreifen können. Das soll sich mit Unterstützung des Bundes nun angeblich etwas ändern. 16.000 Geräte will die Stadt finanzieren. Gedacht ist an ein Leasing-Modell, das Reparaturen und die Rückgabe veralteter Geräte miteinschließen. Die Kosten von zehn bis 15 Euro pro Monat und Schüler sollen die Eltern tragen. Hier werden die Eltern also zur Umsetzung herangezogen.

Auch der Mangel an Lehrkräften wird zunehmend dramatischer und zieht sich durch alle Schulformen. Von den zu Beginn des Schuljahres ausgeschriebenen 175 Lehrerstellen konnten 89 nicht besetzt werden. Zutreffend sieht hier die Lehrgewerkschaft das Ausbleiben von individueller Förderung und natürlich bleibt Qualität bleiben auf der Strecke. Es reicht daher nicht nur aus, wenn Gebäude errichtet und Klassenzimmer geschaffen werden. Wir brauchen auch eine bessere Ausstattung und mehr Lehrpersonal, alleine um den hohen Stundenausfall zu kompensieren. Sicherlich kann argumentiert werden, dass Rom auch nicht an einem Tag erbaut wurde, aber gerade in diesem Bereich zählt jedes Jahr.

## 4. Wir müssen mehr in die Sicherheit investieren

Besonders das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt, dass Düsseldorf einen starken OSD braucht. Nicht nur vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Polizisten trotz 142 Neueinstellungen sich insgesamt um 27 Beamte reduziert hat, was dann u.a. Auswirkungen hat, wie die Auflösung des achtköpfigen Einsatztrupps in Oberbilk, der gegen die Drogenszene agiert hat und den teilweise offenen Handel mit Drogen.

Auch ist eine Aufstockung und bessere Ausstattung notwendig, weil sich die kommunalen ordnungsrechtlichen Aufgabenbereiche erweitern, die Belastungen für die einzelnen Mitarbeiter wachsen und in keinem Verhältnis mehr zum Verdienst stehen.



Im Vergleich zu den Vorjahren konnte zumindest die Abwanderung von Mitarbeitern reduziert werden. Es ist klar, dass sich bei spärlichem Gehalt nicht viele Personen finden, die einer solchen Tätigkeit nachgehen. Der tarifliche Lohn ist zwar nicht nach oben verbesserbar, aber durch weitere Zuschüsse kann die Ausübung zumindest finanziell interessanter gestalten werden. Vielleicht lassen sich durch begleitende Vorprüfungskurse die hohen Durchfallquoten und der Personalmangel senken. Einen Versuch wäre es zumindest wert.

Nicht nur die Zahlen der Übergriffe und Beleidigungen gegenüber Mitarbeiter des Rettungsdienstes oder Polizisten nahmen zu, auch bei OSD-Mitarbeiter haben sich diese versechsfacht. Hier die Begründung anzuführen, es wäre ein Ergebnis der insgesamt zunehmenden Verrohung der Gesellschaft, reicht nicht aus. Eine wehrhafte Stadt zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie mit aller Entschiedenheit auf nicht normgerechtes Verhalten einiger Mit- und sogenannter "Neubürger" reagiert.

Wir brauchen keine anarchistisch geprägten No-go-Areas, in denen bereits das Knöllchenverteilen Beleidigungsorgien nach sich zieht oder sogar zu körperlichen Übergriffen führt. Dem ist durch die Schaffung von mehr Stellen und damit stärkerer Präsenz zu begegnen. Daher befürworte ich natürlich eine dringend notwendige verbesserte Ausstattung, wie z.B. den beschlossenen Schlagstock. Alternativ wäre ein Elektro-Taser sinnvoll, wie er in anderen Kommunen von Mitarbeitern des Ordnungsamtes mitgeführt wird.

Nach einer aktuellen Statistik findet alle 6 Tage eine Messerattacke statt. Deshalb sind mehr Kontrollen im öffentlichen Raum erforderlich. Sei es der Hofgarten, der jetzt erneut Schauplatz einer weiteren Gruppenvergewaltigung durch Migranten wurde oder die Altstadt, in der sich Auseinandersetzungen mit Messer so gehäuft haben, dass bei der Berichterstattung schnell die Übersicht verloren geht. Im Ergebnis muss es gelingen, die Stadt wieder zu befrieden und die Bevölkerung vor kriminellen Subjekten zu schützen, denn Sicherheit gehört zur Lebensqualität.

Besonders Schwimmbäder sind in unserer Stadt nicht nur wegen des Neubaus ein Thema. Marodierenden Banden darf nicht derart einfach Einfluss auf unser gesellschaftliches Leben ermöglicht werden. Mehr Sicherheit gegen multikriminelle Bereicherung sollte deshalb auch im Haushalt eine entsprechende Berücksichtigung finden. Der nächste Sommer kommt bestimmt und auf Dauer werden keine gelöschten Filmaufnahmen oder Maulkörbe für

Mitarbeiter eine kritische Berichterstattung verhindern, sondern nur konsequentes Vorgehen gegen Chaoten. Wenn schon die grenzenlose Zuwanderung gefordert wird, dann muss auf der anderen Seite die Bevölkerung vor solchen Personen geschützt werden, die ihren Weg als Rentenretter und Bereicherer nicht eigenständig erkennen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die Politik der Feuerwehr neue Autos verspricht oder sogar bestellt, dann wird das in der Belegschaft meistens gefeiert. Die Ankündigung, dem Rettungsdienst gleich um zwölf Fahrzeuge zu verstärken, hat aber eher für Missstimmung gesorgt. Zum einen, weil diese Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans bei den Mitarbeitern noch unbekannt war. Und zum anderen, weil schon jetzt rein rechnerisch nicht jeder vorhandene Rettungstransportwagen besetzt werden kann. Zumindest nicht in der regulären Wochenarbeitszeit. Die Feuerwehrleute fürchten zu Recht noch mehr Überstunden, als sie bereits leisten müssen. Die Gewerkschaft der Feuerwehr schätzt, dass bis zum Jahresende rund 100.000 Überstunden angesammelt werden.

Dabei können Überstunden nicht, wie es in anderen Arbeitsbereichen der Fall ist, durch freie Tage ausgeglichen werden. Die Aufstockung des Rettungsdienstes ist dringend notwendig, aber auf die Diskrepanz bei der Personalstärke wird bislang vergeblich hingewiesen.

## **5. Kultur**

Düsseldorf ist eine Kulturstadt, auch wenn nicht alles als kulturell notwendig anzusehen ist, was mit üppigen Förderungen vorangetrieben oder überhaupt am Leben erhalten wird. Inzwischen findet eine völlig uferlose Gießkannenpolitik statt, die alles was sich auch nur ansatzweise selber als kulturell wertvoll selber bezeichnet, vom städtischen Geldsegen ertränkt wird. Wie in den vergangenen Jahren auch, werden sie in meiner Auflistung „alte Bekannte“ finden, deren Förderungen in Gänze gestrichen werden können.

4500 Euro für „Rock gegen Rechts“ durften es dieses Jahr wieder sein und werden auch voraussichtlich auch 2020. Damit förderte und bespaßt die Stadt weiterhin auch jene Besucher, die unser Land und den Staat ablehnen.

Die Multikulti-Veranstaltung "New Fall Festival" erhält 70.000 Euro, wofür diese Unterstützung auch immer gut sein soll. Bereits bei den letzten Haushaltsdebatten hatte ich das insolvente Geschäftsgebaren bereits angeprangert. „Klientelpolitik und finanzpolitische Irrfahrten müssen der Vergangenheit angehören“, teilte der Kreisverband Krefeld der Grünen in diesem Zusammenhang mit, den der dort lebende Konzertveranstalter schon als Vorstandsmitglied vertrat. Trotzdem soll der privatwirtschaftlich tätigen Unternehmer mit üppigen Steuergeldern bei dessen New-Fall-Festival unterstützen werden. Eine solche Förderung ist und wäre aus meiner Sicht eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber jenen, die ihre privaten Veranstaltungen seit Jahr und Tag, ohne einen Cent Steuergelder durchführen.

Alle Jahre wieder das Zakk. Neben den bisherigen Zuschüssen von rund 1 Million Euro dürfen es jetzt zusätzlich 30.000 Euro sein, damit saniert werden kann. Während hier u.a. Projekte laufen, deren Partner vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingeordnet werden, wie u.a. es auf die SDAJ zutrifft, dann findet an dieser Stelle auch eine finanzielle Unterstützung von Extremismus durch Steuergelder zumindest mittelbar statt.

Ziel der SDAJ ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft und eine Bündnispolitik für den revolutionären Kampf. Bei der Wahl ihrer Bündnispartner schließt sie gewaltbereite Linksextremisten nicht aus, Zitat aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht. Zu finden ist dieser Projektpartner u.a. bei „UPDATE“, ein Projekt für junge Migranten mit Fluchterfahrung. Zum Flüchten finde ich diese Art der Förderung tatsächlich.

Insgesamt rund 300.000 Euro zusätzlich erhält die freie Kulturszene. Eine Steigerung, die in den meisten Bereichen unnötig ist. Einzig meine Zustimmung finden hierbei das Hafenkunstkino, das Theater an der Luegallee und der Verein Düsseldorf-Palermo, sowie das Golzheim-Fest und der Bücherbummel auf der Kö.

## **6. ÖPNV, Radschnellwege und Autos**

So schnell wie die Gelder im Kulturbereich ausgegeben werden, so langsam ist die Stadt an anderer Stelle: dem Verkehr. Rund 313.000 Pendler kommen täglich nach Düsseldorf und 100.000 verlassen die Stadt. Rund zwei Drittel fahren mit dem PKW, wobei von "fahren" in den letzten Monaten nicht mehr wirklich gesprochen werden kann.

Vorangetrieben werden soll eine "Verkehrswende". Sicherlich, dieser Plan ist unübersehbar und alle Mittel scheinen recht zu sein, um rot-grüne Verkehrspolitik mit der Brechstange umzusetzen. Selbst neue Mehrheiten in Form von rot-rot-grün sind geeignetes Mittel. Wenn das mal dem selbsternannten Bündnis der Demokraten im Stadtrat bewusst wird, dass mit den SED Rechtsnachfolgern neue Mehrheiten geschaffen werden.

Geht es nach dem Willen dieser politischen Konstellation, dann kämpfen sich zukünftig weiterhin Autofahrer durch kilometerlange Staus, betrachten dabei leere Umweltpuren neben sich, die kaum genutzt werden können oder dürfen. Wenn der jeweilige Verkehrsteilnehmer es dann endlich in die Stadt geschafft haben, darf zur Belohnung noch eine Maut entrichtet werden. Sollte er dann immer noch nicht restlos verstimmt sein erwartet ihn die Erhöhung der Parkgebühren. Denn die Stadt plant eine Erhöhung in allen zentralen Stadtteilen. Die entsprechende Beschlussvorlage soll es Anfang 2020 geben.

Zuletzt waren die Parkgebühren vor 4 Jahren erhöht worden. Im Zentrum um einen Euro pro Stunde auf 2,90. Demnächst sollen es dann 4 Euro pro Stunde sein. Ein Plus von satten 38 Prozent. Damit nicht genug, denn in allen innenstadtnahen Stadtteilen wie Oberkassel, Unterbilk, Pempelfort oder Düsseltal kostet die Stunde künftig glatte 3 statt wie bisher 2,10 Euro. Zudem werden die Bewirtschaftungszeiten auf 24 Stunden und auf alle Werktage erweitert werden. Beworben wird das Vorhaben als Zitat „zusätzlichen Anreiz, auf andere Verkehrsmittel umzusteigen“. Mit den zusätzlichen Einnahmen dürften dann Finanzlöcher gestopft werden.

Mit dieser Verkehrspolitik wird nicht nur aktiv gegen Autofahrer agiert, sondern auch konsequent Besucher ferngehalten, die z.B. in Düsseldorf einkaufen wollen. Freiwillig werden sich diesen Irrsinn sicherlich nicht viele antun.

Düsseldorf wurde unter der Ampel nach einer neuen Studie der Bundesvereinigung Logistik (BVL) mit 35,6 km/h im Tagesdurchschnitt zur Großstadt mit dem langsamsten Verkehrsdurchfluss in Deutschland. Diese Studie wurde noch vor der dritten Umweltpur erstellt, weshalb der Geschwindigkeitsdurchschnitt sich weiter reduziert haben dürfte. Da steht offenbar die Düsseldorfer Ampel dauerhaft auf Rot. Der Navigationsdienstleister Tomtom hat nach Einführung der dritten Umweltpur im Vergleich zum Vorjahr die Fahrzeiten ausgewertet und verglichen. Ergebnis: Die Erfahrungen vieler Autofahrer werden bestätigt, es dauert noch länger, sich durch lokalen Verkehr zu bewegen.

In diesem Zusammenhang kommt das drohende Dieselfahrverbot gerade zur richtigen Zeit. Vor diesem Hintergrund lassen sich die verhassten Autofahrer noch mehr gegängelt und ihnen wird dabei verkauft, dass alle Maßnahmen zu ihrem Wohl erfolgen. Tatsächlich dürfte aber ein Umstieg auf ÖPNV mit der Brechstange im Vordergrund stehen, dessen notwendige Ausstattung es so nicht einmal gibt. Weder verfügt die Stadt über ausreichenden Bus und Bahnangebote, noch eine entsprechende Taktung und ansprechendes Preis-Leistungsverhältnis, um hohe Pendlerzahlen aufzufangen bzw. um Umsteigen zu bewegen.

Investitionen in eine notwendige Stärkung des ÖPNV oder in den Klimaschutz könnten sich zusätzlich bei den Ausgaben bemerkbar machen, lassen sich so aber nicht ausreichend in dem Haushaltsentwurf wiederfinden. Es hakt eben an allen Ecken und Enden.

All das wird dann den Menschen in unserer Stadt tatsächlich als "Wende" verkauft. Zutreffender sein dürfte eher Verkehrsgau. Einige Anwohner an einer verstaubten Ideologie-Umweltspur dürften inzwischen von den Belastungen grün anlaufen, aber sicherlich nicht grün wählen. Während Düsseldorf in Baustellen und Staus versinkt, freut sich mancher Autohasser und bläst dabei direkt zur SUV-Hexenjagd. Die Auswirkungen auf den Handel bleiben in den Abwägungen außen vor. Dann werden auch laute Gegenstimmen z.B. der Düsseldorfer Handwerkskammer, deren Präsident die Umweltspur als massiv geschäftsschädigend bezeichnet hat oder die Aufkündigung der Mobilitätspartnerschaft ignoriert. Es muss und soll schließlich mit allen Mitteln verkehrsgewendet werden.

Weniger Stau durch Verbesserung des Verkehrsflusses kommt nicht nur dem Geldbeutel der Autofahrer, sondern auch der Luft zugute. Genau das Gegenteil findet aktuell in Düsseldorf statt. Hier werden künstlich Staus produziert, um Messwerte zu senken. Schon der normale Verstand sagt hier, dass das nicht funktionieren kann.

Deshalb unterstütze ich grundsätzlich den deutlichen ÖPNV-Ausbau, damit unsere Bürger und auswärtige Pendler die realexistierende Möglichkeit der Nutzung erhalten. So ist u.a. der erste Abschnitt der U81 das zentrale Projekt mit Gesamtkosten von rund 230 Millionen Euro. Sicherlich ist das Vorhaben auch abzüglich der Förderungen eine finanzielle Herkulesaufgabe für Düsseldorf, aber es ist notwendig und wichtig.

## **Große P&R Parkplätze**

Bereits im vergangenen Jahr hatte ich wiederholt die Schaffung von P&R Parkplätzen in den Außenbezirken und den Hauptzufahren angeregt. Aufgrund der genannten hohen Pendlerzahlen reichen einfache Parkplätze nicht aus und die bisherige Zahl stagniert. Notwendig werden komplexe Parkhäuser, deren Gesamtkapazität um ein Vielfaches über den P&R Parkplätzen liegt. Eine dortige zwingend regelmäßige ÖPNV Anbindung dürfte kaum weiter erläutert werden müssen. Wenig sinnvoll und ablehnenswert erachte ich die thematisierte Einführung einer Maut. Nicht das ich per se gegen eine vernünftige Abschottung unseres Landes oder unserer Stadt wäre, aber die Einführung einer Maut würde letztendlich nur zu einer weiteren Belastung der Autofahrer führen, neben der geplanten Bepreisung von CO<sub>2</sub> im Rahmen des Klimapakets. Zudem ist dieses Vorhaben sozial ungerecht und würde zur Verdrängung von Autofahrern führen, die sich diese Zusatzkosten nicht leisten können.

Völlig kontraproduktiv wäre aber die Erhebung von Parkgebühren auf P&R-Plätzen. So sollen diese ab 2020 pro Auto 150 Euro betragen – selbst für Rheinbahn-Abonnenten. Anstatt den Umstieg auf ÖPNV zu fördern, werden jetzt sogar die Verkehrsteilnehmer noch zur Kasse gebeten, die Willens sind sich in die nicht ausreichend vorhandenen Busse und Züge zu setzen. Das kann dann getrost schon als Abzocke bezeichnet werden. Offenbar geht es nur noch darum, neben dem Kampf gegen das Auto an allen Ecken und Enden Gelder abzuschöpfen, um damit dann andere unsinnige Projekte zu fördern.

Die Entscheidungen sollten vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Partizipation im Sinne von Mitgestaltung heißt, dass diejenigen, die entscheiden, ihr eigenes Lebensumfeld gestalten. Daher sollten solche Vorgänge, die gravierende Eingriffe darstellen, auch an eine Bürgerentscheidung gekoppelt werden. Damit leben Sie politisch nicht mehr an der Bevölkerungsmehrheit vorbei, sondern lassen die Menschen ihre Stadt mitgestalten.

## **7. Versorgungs-, Unterbringungs- und Integrationsausgaben für Asylanten**

Weiterhin werden die Ausgaben im Bereich der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern einen hohen Kostenfaktor darstellen, auch wenn aktuell die Unterbringung in den günstigeren Varianten erfolgt. An der Beibehaltung der bisherigen 13

Unterbringungsstandorte lässt sich jedoch erkennen, dass die Stadt offenbar ähnlich wie der Bundesinnenminister von neuen Zuweisungen in beträchtlicher Anzahl ausgeht.

Grundsätzlich lassen sich hier deutliche Einsparungen vornehmen. Das Zauberwort hierfür heißt Assimilation. Diese führt nicht nur zu Einsparungen unnötiger Ausgaben bei Integrationsprogrammen, sondern zeigt einen klaren Weg auf, dass eine Anpassung an unsere Werte und Vorstellung zu erfolgen hat und keine Option ist.

Daher sind sämtliche Projekte aus meiner Sicht zu streichen, die im Wege jahrelanger Integrationsversuche errichtet wurden. Oftmals befinden sich in unserer Stadt sogenannte Flüchtlinge bereits mehrere Jahre. Wer in dieser Zeit es noch nicht geschafft hat sich in unsere Gesellschaft einzugliedern, dem ermangelt es entweder an der Bereitschaft oder er stellt keinen wirklichen Gewinn dar. Daher könnten sämtliche Integrationsprogramme eingestellt werden, Wellcome Point sind zu schließen, unnötige Stellen zur Asylbetreuung zu streichen.

Einzig die Sprachkurse sind beizubehalten, die um eine deutlich ausführlichen Rechtskundeunterricht zu ergänzen sind, damit nachgeholt wird, was damals versäumt wurde: Nämlich nicht nur die Rechte zu erklären, sondern auch detailliert die Pflichten und Verhaltensregeln im Gastland.

Die Stadt wendet nach aktuellen Prognosen für das laufende Jahr 57,4 Millionen Euro für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf. Die erwartete Erstattung durch Bund und Land beträgt laut interner Berechnung dem Vernehmen nach nur rund 21 Millionen Euro. Damit muss den Rest die Stadt selber tragen.

Dabei spielen auch solche Kosten eine nicht unerhebliche Rolle, wie wir sie in den vergangenen Jahren erleben mussten und auf meine mehrfache Nachfrage erörtert wurden. So sind Renovierungs- und Sanierungskosten, aber auch Schäden durch Vandalismus i.H.v. hunderttausenden Euro in nur 2 Jahren sicherlich vermeidbar.

Auch Reinigungskosten sind nicht notwendig, besonders nicht in der Höhe von 43.000 Euro pro Jahr und Unterbringungsobjekt, wie meine Anfrage ergab. Wie jeder andere Mensch auch, können diese Personengruppen selber die Reinigung vornehmen. Schließlich soll es sich überwiegend um Fachkräfte handeln.

Ein großer Teil der bereits abgelehnten Asylbewerber bleibt als geduldet in unserer Stadt - aus humanitären Gründen oder wegen angeblicher praktischer Hindernisse, die eine Abschiebung unmöglich machen. Im Juli waren es in NRW rund 58.000 Geduldete und in Düsseldorf sind über ein Drittel theoretisch abschiebereif. Ende 2015 lag die Zahl noch landesweit noch bei 43.000. Maßgeblich Einfluss nehmen auf mögliche Abschiebhindernisse kann nur der Bund und ggf. das Land, jedoch müssen auch die Kommunen den Druck erhöhen, was in Düsseldorf durch die Setzung von Zeichen wie der freiwilligen Aufnahme hunderter weiterer Asylanten kaum gelingt.

Drei Monate nach Ablehnung des Asylantrags zahlt das Land NRW den Kommunen für die Versorgung dieser Personen kein Geld mehr. Trotzdem wird weiter in deren Integration investiert.

In diesem Zusammenhang zeichnet sich auch ein handfester Skandal ab, denn das unter der grünen Flüchtlingsbeauftragten agierende Ausländeramt soll laut Medienberichten über 9.000 Abschiebungen vorübergehend ausgesetzt, indem es Duldungen erteilt oder verlängert hat. Dabei wurden angeblich Vorstellungstermine bis zu einem halben Jahr nach Ablauf der Duldungsfrist gelegt und amtliche Entscheidungsgründe nur lückenhaft dokumentiert. Das Rechnungsprüfungsamt kam bei einer Systemüberprüfung zu dem Ergebnis, das die Duldungsvergabe mangelhaft verwaltet wurde.

Sollte sich das bestätigen, dann wäre hier nicht nur der Grund für den fortgesetzten unbegründeten Aufenthalt abgelehnter Asylbewerber geschaffen worden, sondern auch die Ursache zu finden für vermeidbare Kosten, die diese Personen für die Kommune aufwerfen und damit vom Steuerzahler zu zahlen sind

Ende 2019 laufen mehrere Regelungen des Bundes aus: die 670-Euro-Pauschale für Ausländer im Asylverfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Kosten für die Unterkunft anerkannter Flüchtlinge. Erste Pläne liegen vor, wonach ab 2020 für jeden anerkannten Asylbewerber 16.000 Euro für fünf Jahre pauschal an die Länder überweisen werden sollen. Im ersten Jahr soll es 6.000 Euro geben, im zweiten 4.000 und dann jeweils 2.000. Damit dürften die selbst zu tragenden Kosten künftig deutlich steigen.



## **8. Abschluss der Rede**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Oberbürgermeister Geisel sprach bei der Vorstellung des Haushalts davon, dieser wäre nach den Maßstäben eines vorsichtigen Kaufmannes erstellt worden sind. Ich habe eher den Eindruck, dieser Kaufmann fand den Weg zum Rechenschieber erst nach einem ausgiebigen Besuch der längsten Theke der Welt. Zumindest kurbelte er damit die lokale Bierwirtschaft an, aber einen verlässlichen Haushaltsentwurf ohne umfangreich zu erwartenden Nachschüssen liegt wieder nicht vor.

Im kommenden Jahr werden die politischen Karten in Düsseldorf neu gemischt und es bleibt zu hoffen, dass eine dringend notwendige neue Zusammensetzung des Rates eine veränderte Kommunalpolitik herbeiführt. Dass diese nicht mit den regierenden Altparteien möglich ist, hat sich in den vergangen 6 Jahren gezeigt. Trotz sprudelnder Einnahmen wurde immer wieder konsequent an den Bedürfnissen der Bürger vorbeiregiert.

Die Zahl derer, die sich die Mieten und das Leben in Düsseldorf nicht mehr leisten können wächst. Immer mehr Rentner halten sich mit einem Minijob über Wasser, weil sie sich den wohl verdienten Ruhestand nicht mehr leisten können und die Rentenkürzungsprogramme der vergangenen Jahre zunehmend Altersarmut hervorrufen. Bereits jetzt sind fast 14.000 Rentner auf Leistungen vom Amt angewiesen. Das sind 42 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Da verwundert es in dem Zusammenhang auch nicht, dass 900 Pflegeplätze fehlen.

Seinen Lebensabend in Düsseldorf zu verbringen ist für zunehmend viele Düsseldorfer kein Zuckerschlecken. Hinzu kommt, dass in einigen Stadtteilen eine Generation in Armut heranwächst. Rund 50 Prozent der Kinder leben z.B. in Garath bereits in einem Hartz-IV-Haushalt.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht nach dem aktuellen Monitoringbericht weiter auseinander. So klettert der Anteil der Haushalte, die netto im Monat 4.000 Euro und mehr zur Verfügung haben, kontinuierlich nach oben – von 14 Prozent 2012 auf zuletzt 22 %. Demgegenüber befinden sich weiterhin am unteren Ende der Einkommensskala mit bis 900 Euro 10 Prozent der Bevölkerung. Die seit zehn Jahren gute Wirtschaftslage ist an dieser Gruppe spurlos vorbeigegangen. Hinzukommen 19 %, die von 900 bis 1.500 Euro netto im Monat leben müssen. Bei vielen Bürgern ist damit am Monatsanfang schon finanziell Ende.

Wenn also ein weiteres Abrutschen ganzer Bevölkerungsschichten und Stadtteile verhindert werden soll, dann sind diese Menschen aufzufangen, bevor in Prestigeobjekte, Klientelbeglückung oder Integrationsunterhaltung investiert wird.

Unsere Stadtteile kippen aufgrund der völlig verfehlten Zuwanderungspolitik, die darin gipfelt, dass sogar noch hunderte weitere Personen freiwillig aufgenommen werden sollen, deren Versorgung und Unterbringung durchschnittlich 16.000 Euro pro Person kostet, obwohl die Stadt dazu nicht verpflichtet ist. Da verwundert es nicht, dass sich immer mehr Bürger fremd in der eigenen Stadt fühlen. Der in dem Zusammenhang erfolgte Verlust des Gefühls von ausgewogener innerer Sicherheit wurde und wird der grenzenlosen Willkommenskultur geopfert. Während Düsseldorf früher noch als die längste Theke der Welt bekannt war, gilt die Altstadt inzwischen als Krisengebiet und No-go-Area, in der es kaum noch ein Wochenende gibt, ohne dramatische Vorfälle. Seien es Messerattacken, Schlägereien, Vermögensdelikte, sexuelle Übergriffe oder sogar Pflastersteinwürfe auf Passanten. Nichts ist dort unmöglich.

Probleme werden gedeckelt durch einen angeblichen Klimanotstand, den natürlich jene selber beschlossen haben, die sich direkt als Retter präsentieren.

Die Quittung für diese Politik werden Sie am 13.09.2020 erhalten, denn an diesem Tag werden sich die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ihre Stadt politisch zurückholen und mit der Stimmabgabe für die Republikaner ein deutliches Zeichen setzen.

Wer Sorgen und Nöte der eigenen Bevölkerung so ignoriert, der darf nicht noch einmal 5 Jahre die Geschicke unserer Stadt bestimmen.

Sozialpatriotische Politik kann man nicht erlernen, man trägt sie in sich und setzt sie um. Rückgrat brisanten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken besitzt man oder nicht. Den Mut Probleme beim Namen zu nennen hat man oder nicht.

Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Ampel, mögen zwar eine nette gesellige Runde im geschlossenen Kreis sein, aber sie sind nicht geeignet unsere Stadt zu regieren. Den Beweis haben sie 6 Jahre erschreckend eindrucksvoll geführt.

### **9. Ergebnis / Abstimmungsverhalten**

**Unter Zusammenfassung aller Aspekte wird der Haushalt deshalb auch in diesem Jahr eine Mehrheit ohne die Zustimmung der Republikaner finden müssen.**

Wie in den vergangenen Jahren wünsche ich Ihnen allen und Ihren Familien trotz des politischen Versagens schöne, erholsame und friedliche Weihnachtstage.

Bei der Verwaltung bedanke ich mich für das Engagement und den Einsatz. Wir können uns glücklich schätzen, diese Damen und Herren in unserer Stadt zu wissen, die auch die fehlende Kompetenz der Ampel oftmals unfreiwillig mit Sachverstand ausgleichen dürften.

Sicherlich wird dieser Haushalt erneut eine knappe Mehrheit finden, es sei denn, der ein oder andere nutzt die Gunst der Stunde und sorgt schon heute für ein anderes Ergebnis. Entscheiden Sie zum Wohle unseres Volkes und nicht zum Wohl Ihrer eigenen politischen Zukunft und lehnen Sie gemeinsam mit mir das vorgelegte Machwerk ab.

**Ende der Rede**